

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 33 (1941)
Heft: 1

Artikel: Europäische Grossraumwirtschaft?
Autor: Keller, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353013>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Teil mit Ersatzstoffen und Altmaterial behelfen, zum Teil auch sich auf andere Produktion umstellen. Alles das ist nicht ohne grosse Entbehrungen und Opfer möglich. Allein wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Wir sind überzeugt davon, dass unser Volk seine wirtschaftliche Selbständigkeit auch unter erschwerten Verhältnissen behaupten kann, wenn es will. Nicht die Vorräte an Getreide und die Rohstoffvorkommen entscheiden letzten Endes darüber, sondern die Willenskraft des Volkes. Sorgen wir daher dafür, dass in allen Landesgegenden und in allen Bevölkerungskreisen die Parole fest verankert ist: Wir werden standhalten, komme, was da wolle. Wer die Unabhängigkeit der Schweiz antastet, wird auf Granit stossen.

Europäische Grossraumwirtschaft?

Von G e o r g K e l l e r.

Noch ist dieser Krieg nicht beendet. Wir stehen noch in Mitte eines gewaltigen Kampfes, der das Schicksal Europas für Jahrzehnte bestimmen wird. Auch niemand kann die Entwicklung der Ereignisse der nächsten Zeit voraussehen. Und doch beschäftigt man sich schon jetzt mit den Problemen der künftigen wirtschaftlichen Gestaltung Europas. Es soll ein europäischer Wirtschaftsblock unter Führung der Achsenmächte gegründet werden. Bevor wir zu diesem Problem Stellung nehmen, ist es wichtig, den wirtschaftlichen

Zweck des gegenwärtigen Krieges

zunächst hervorzuheben.

Als das Deutsche Reich begründet wurde, waren die wertvollsten Kolonialgebiete schon in festen Händen. Der Schöpfer des Deutschen Reiches, Bismarck, legte zunächst keinen besonderen Wert auf den Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte. Erst mit dem industriellen Aufschwung Deutschlands vollzog sich ein Wandel in der Auffassung über die Notwendigkeit der Kolonien.

Noch bis in den Anfang der siebziger Jahre war Deutschland ein Agrarstaat und führte Getreide und Vieh aus. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bedurfte es hingegen der Einfuhr von Lebensmitteln für ein Sechstel seiner Bevölkerung. Die starke Entwicklung der Industrie erforderte eine beträchtliche Einfuhr von Rohstoffen, die vorwiegend aus Uebersee kamen. Die eingeführten Lebensmittel und Rohstoffe mussten bezahlt werden. Es entstand daher ein Zwang zur Ausfuhr von Fabrikaten. Der schnelle Uebergang vom reinen Agrarstaat zum Industriestaat bewirkte auch

eine beträchtliche Zunahme der Bevölkerung. Im Jahre 1870 zählte man in Deutschland nur 40 Millionen, 1895 etwa 45 Millionen und 1910 schon 63 Millionen Einwohner. Der Anteil der städtischen Bevölkerung nahm sprunghaft zu: 1871 lebten $\frac{2}{3}$ aller Deutschen auf dem Land, 1914 hingegen nur $\frac{1}{3}$.

Die starke Verflechtung Deutschlands mit der Weltwirtschaft bedeutete zugleich eine wachsende Abhängigkeit vom Weltmarkt. Es galt daher, der Industrie neue Märkte zu erschliessen, die alten zu behaupten und Rohstoffbasen, vor allem in Uebersee, zu sichern. Das führte zwangsläufig zu einer Kolonial- und Seemachtpolitik. «Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser» — diese berühmte Aeusserung Wilhelm II. kennzeichnet am treffendsten die Ziele der deutschen Aussenpolitik. So beschritt Deutschland den Weg der Flottenrüstung.

Solange der deutsche Flottenbau in ausreichendem Abstand von der englischen Flotte blieb, bestand noch die Aussicht auf die Verständigung zwischen den beiden Staaten. Als aber Deutschland seine Flotte von Jahr zu Jahr stark verstärkte und sich gar zum Ziel setzte, eine Flotte zu besitzen, dass es selbst für England ein Risiko wäre, den Kampf mit ihr aufzunehmen, so fühlte sich England sehr bedroht. Denn seine ganze wirtschaftliche Struktur hängt mit der Seeherrschaft zusammen. Kein Staat der Welt ist so stark angewiesen auf die regelmässigen überseeischen Zufuhren von Lebensmitteln und Rohstoffen wie England. Würden sie in einem Kriege nur für 6 Wochen unterbunden werden, so würde England — nach der Aeusserung seiner Sachverständigen — durch Hungersnot und Stillegung der Fabriken zum Frieden gezwungen. Die Offenhaltung der Seezufuhrwege und folglich der Besitz der stärksten Seeflotte ist für England geradezu eine Lebensfrage.

In Deutschland betrachtete man die absolute Seeherrschaft Englands als «Seetyrannei» und man forderte den freien Zugang zum Weltmeer. «Der Weg zum Ozean führt durch den englischen Kanal, wenn unsere Schiffe nicht den zeitraubenden, kostspieligen und in den stürmischen Wintermonaten nicht ungefährlichen Weg um die Shetlandinseln herum machen sollen. Die englische und unter Umständen auch die französische Flotte könnten uns diesen Weg leicht versperren. In fernen Ländern bedarf der deutsche Kaufmann und Schiffer, der Ansiedler und Missionär des Schutzes heimischer Auslandskreuzer. Ueberhaupt kann bei der gegenwärtigen Lage der Welt nur eine solche Macht sich in erster Linie behaupten, die eine starke Hochseeflotte besitzt. Unser Kaiser hat diese einfache Wahrheit zuerst erfasst und die Konsequenzen daraus gezogen.» («Deutschland und der Weltkrieg.» Der Ausbau der deutschen Flotte war folglich der Hauptgrund für den Eintritt Englands in den Weltkrieg. Das Ziel war die Beseitigung Deutschlands als Seerivalen. Das wurde auch durch die deutsche Niederlage erreicht.

Seit dem Jahre 1933 hat sich aber die Lage gründlich geändert. Das nationalsozialistische Deutschland setzte die Rüstungs- und Flottenpolitik fort und kam dadurch unvermeidlich in einen neuen Konflikt mit England. Dies um so mehr als es die Neuverteilung der Rohstoffquellen, die Rückgabe der Kolonien zu einem der wichtigsten Programmpunkte seiner Aussenpolitik erhob.

Der Kampf um die Rohstoffe ist an sich keineswegs neu. Die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung der Epoche des Imperialismus ist gerade dadurch gekennzeichnet. In der Nachkriegszeit und insbesondere nach der Weltwirtschaftskrise ist aber das Rohstoffproblem zu den aktuellsten Problemen der internationalen Wirtschaftspolitik geworden. Solange der zwischenstaatliche Güter- und Kapitalverkehr sich normal abwickelte, war auch der Erwerb von Rohstoffen mit keinen allzu grossen Schwierigkeiten verbunden. Als aber nach dem Kriege die Industrialisierung der Neuländer grosse Fortschritte machte, als die Vereinigten Staaten von Amerika, der grösste Gläubigerstaat und die erste Rohstoffmacht der Welt, sich weigerten, Waren als Zahlungsmittel anzunehmen, als auf den Weltmärkten Rohstoffe zum grössten Teil nur gegen Gold oder gegen «Edeldevisen» gekauft werden konnten, dann versuchten die Länder, die über keine genügende Rohstoffe verfügten, die sogenannten «havenots», sich durch die Autarkie eine gewisse Abhilfe zu verschaffen. Das war aber mehr als Notbehelf gedacht, wobei wehrwirtschaftliche Gesichtspunkte zweifelsohne dabei eine ausschlaggebende Rolle spielten. Denn es ist offensichtlich, dass sich auf synthetischem Wege industrielle Rohstoffe in erforderlichen Mengen, in entsprechender Qualität und zu billigen Preisen nicht herstellen lassen. Die Achsenmächte blieben daher auf die Zufuhren der Rohstoffländer stark angewiesen. Diese liegen aber ausserhalb des europäischen Kontinents. Der Weg zu ihnen ist durch die englische Seeherrschaft gesperrt. Daher der Kampf um die «Freiheit der Meere». Das bedeutet aber in Wirklichkeit den Kampf um die Neuverteilung der Welt, um den Besitz von Rohstoffquellen. Das ist der wirtschaftliche Sinn des heutigen Krieges. Er bildet folglich, wirtschaftlich betrachtet, nur die Fortsetzung des Weltkrieges.

Die Idee der europäischen Grossraumwirtschaft,

wie sie heute vertreten wird, hat eine alte Vorgeschichte. Im September 1915, also inmitten des Weltkrieges, veröffentlichte Friedrich Naumann sein «Mitteleuropa» überschriebenes Buch, in welchem er die Bildung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft forderte. Er geht vom Gedanken aus, dass die Zukunft den «Grosskörpern» gehört. «Ueberall begegnet uns der Abschliessungstrieb der verbündeten wachsenden Grosskörper. Je geregelter die Weltwirtschaft wird, desto weniger kann ein Volk

von nur 70 Millionen Menschen seinen eigenen Weg allein gehen, denn es wird in seiner Isoliertheit umtosst von den Rufen: England den Engländern, Amerika den Amerikanern, Russland den Russen! Alle Grosskörper bemühen sich innerhalb der Weltwirtschaft für sich zu sorgen». Darum müsse auch ein mitteleuropäischer Wirtschaftsraum gegründet werden, in welchem Deutschland, Oesterreich und die Türkei den K e r n bilden würden. Da die Zeit der Kleinstaaterei bereits überwunden sei und nur ganz grosse Staaten etwas Eigenes bedeuten, so sei damit zu rechnen, dass auch die nordischen Staaten, Holland, die S c h w e i z, Rumänien, Bulgarien, Serbien und Griechenland dem grossen Wirtschaftsblock angehören würden. Die Führung müsse in den Händen eines «Oberstaates» liegen und das kann natürlich nur Deutschland sein. Hinter diesen Plänen stand selbstverständlich auch der Gedanke der Autarkie. Eine Arbeitsteilung nach dem Prinzip der komplementären Produktion soll eingeführt werden, wobei Südosten und die Türkei die Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen übernehmen sollen. Das ist so ungefähr das Bild, das Naumann nach dem Weltkriege vorschwebte. Dabei ist zu beachten, dass er an einem vollständigen deutschen Sieg nicht glaubte und als Kriegsende eine Remispartie vor Augen hatte.

Nach dem Weltkriege sind verschiedene Pläne des Zusammenschlusses mehrerer europäischen Staaten zu einer Einheit aufgestellt worden. Der bekannteste ist wohl P a n e u r o p a. Die Friedensverträge von Versailles, Trianon und St-Germain führten zu einer wirtschaftlichen Zerstückelung Europas. Aus den 28 Vorkriegsstaaten sind deren 34 entstanden. Die gegenseitige Abschlüssung der vielen europäischen Länder durch hohe Zollmauern verhindert die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Selbst die kleinsten Staaten bauen eine selbständige Industrie zur eigenen Versorgung auf. Diesem zersplitterten Europa stehen die grossen Weltmächte entgegen: das britische Weltreich, die Sowjetunion, das erwachende Asien und das übermächtige Amerika. Die Rettung Europas, so sagten die Paneuropäer, liege daher nur in der Schaffung einer «europäischen Zollunion». Sie würde ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet mit einer Einwohnerzahl von 340 Millionen Menschen umfassen. Hiemit stünden die Vereinigten Staaten von Europa unter den Weltreichen an dritter Stelle. England und Russland können in diesen Staatenbund nicht aufgenommen werden, weil ihre Interessen ausserhalb Europas liegen. Das ist in groben Umrissen das Ziel der paneuropäischen Bewegung. Ohne in eine Kritik Paneuropas eingehen zu wollen, sei nur darauf hingewiesen, dass es sicher von grosser historischer Bedeutung war. Die Paneuropäer haben die Notwendigkeit des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses Europas rechtzeitig erkannt und sie mit einem grossen Aufwand von Energie propagiert. Alle späteren Wirtschaftsraumpläne knüpfen zweifelsohne an diese Ideen an.

Der Gedanke der Grossraumwirtschaft hat aber erst nach der

Weltwirtschaftskrise einen höchst aktuellen wirtschaftspolitischen Ausdruck gefunden. In vielen Staaten war man nach der grossen Wirtschaftskatastrophe bestrebt, die Verbindung mit der Weltwirtschaft möglichst zu lösen und dafür in enge Beziehungen zu einem geschlossenen Wirtschaftsraum zu treten. Man erhoffte die Aussenhandelsumsätze innerhalb der einzelnen Wirtschaftsräume wesentlich zu erhöhen und zugleich eine grösstmögliche Selbstversorgung zu erreichen. Man behauptete, dass die Weltwirtschaft sich in einem Umwandlungsprozess befinde und eine neue Form des Welt Handels sich herausbilde, wo der internationale Warenaustausch sich nur zwischen den einzelnen grossen Wirtschaftsblöcken abwickeln werde. Es ist daher wichtig, auch diese Frage einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Weltwirtschaft oder Grossraumwirtschaft?

Eines der grössten Wirtschaftsraumgebiete ist das britische Weltreich. Es umfasst 26 Prozent der Erdoberfläche und etwa 25 Prozent der Erdbevölkerung, das heisst jeder vierte Quadratkilometer ist britisch, jeder vierte Mensch gehört dem englischen Reich an. Mit einer Quote von 13,9 Prozent des Welthandels stand England im Jahre 1937 an der Spitze der Welthandelsländer. Nach der Weltwirtschaftskrise ging auch England zu einem engeren wirtschaftlichen Zusammenschluss mit den Dominions über, der in den Verträgen von Ottawa seinen prägnanten Ausdruck gefunden hat. Der Erfolg zeigte sich in der Steigerung des Aussenhandels zwischen England und den übrigen Reichsteilen. Im Jahre 1931 bezog England nur 25 Prozent seiner Einfuhr aus den Dominions und Kolonien, im Jahre 1937 hingegen 37,8 Prozent. Auch die Ausfuhr Englands in die Empire-Länder nahm im gleichen Zeitraum beträchtlich zu, und zwar von 38,9 auf 48,3 Prozent. Wie man sieht, haben die Ottawa-Verträge eine stärkere Verknüpfung des englischen Weltreiches zweifelsohne bewirkt. Es ist aber bezeichnend, dass England trotz dieser engeren Verflechtung mit dem Empire zwei Drittel seiner Einfuhr aus den fremden Ländern beziehen muss.

Auch in der Ausfuhr ist England in hohem Masse vom Auslande abhängig: etwas mehr als die Hälfte seines Exports muss in den Nicht-Empire-Ländern abgesetzt werden. Umgekehrt ist für die Dominions der englische Markt allein nicht gross genug, um Lebensmittel und Rohstoffe aufzunehmen. Das ist der Fall zum Beispiel beim Weizen, wo die kanadische Produktion bedeutend grösser ist als der Bedarf Englands. Auf der andern Seite erstreben die Dominions, selbst eine eigene Industrie aufzubauen. «Kanada hatte 1914 so gut wie überhaupt keine eigene Industrie, 1928 stand es unter den Fertigwarenerzeugern der Welt an fünfter Stelle.» (Stoye: «Die geschlossene deutsche Wirtschaft», Berlin 1938, Seite 1.) Mit der fortschreitenden Industrialisierung

würde es England immer schwerer fallen, seine Ausfuhr in die Dominions im gleichen Umfange aufrechtzuerhalten. Daraus folgt, dass der ungeheure Wirtschaftsraum des englischen Empires weder England noch den Dominions den Weltmarkt ersetzen kann. Ein ähnliches Beispiel für die beschränkte Möglichkeit, den Aussenhandel in einen geschlossenen Wirtschaftsraum zu verlegen, ist Japan. Es ist auch deshalb aufschlussreich, weil die Achsenmächte ihm bei der beabsichtigten Neuverteilung der Welt die Schaffung und die Führung des ostasiatischen Wirtschaftsraumes übertragen haben.

Von allen grossen Industriestaaten ist Japan bekanntlich das rohstoffärmste Land. In den Textilrohstoffen besteht fast eine vollständige Abhängigkeit vom Auslande. Der Selbstversorgungsgrad bei Wolle beträgt nur 1 bis 2 Prozent, bei Baumwolle 5, bei Jute 25 und bei Flachs 26 Prozent. Die Versorgungslage auf mineralischem Gebiete ist ebenfalls eine äusserst ungünstige. An Eisenerz müssen 76 Prozent des Bedarfes eingeführt werden, an Manganerz 78 Prozent, an Nickel 100, an Blei 90, an Zinn 72, an Rohöl 83, an Benzin 97 Prozent usw. Die wichtigsten Lieferländer sind die Vereinigten Staaten von Amerika und England.

Wie würde sich nun die Versorgungslage gestalten, wenn es den ostasiatischen Wirtschaftsraum, das heisst einschliesslich China, beherrschen würde? Nach den Berechnungen des deutschen «Wirtschaftsdienstes» würde der Versorgungsgrad bei Wolle auf 40 Prozent, bei Baumwolle auf 51, bei Flachs auf 71 und bei Jute nur auf 18 Prozent steigen. Auch in der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen würde eine Verbesserung eintreten, so vor allem bei Eisenerz, Zinn, Mangan und in geringem Umfange bei Blei, Zink, Erdöl. «Bei diesen und allen übrigen Rohstoffen», schreibt der «Wirtschaftsdienst» vom 1. November 1940, «wird Japan auch auf längere Zeit hinaus auf die Einfuhren aus raumfremden Gebieten nicht verzichten können. Da Japan auch nach der Schaffung des grossstaatlichen Wirtschaftsraumes in erheblichem Umfange auf Rohstoffzufuhren aus den Nichtblockländern angewiesen sein wird, wird es zur Finanzierung dieser Bezüge auch weiterhin einen beträchtlichen Teil seiner Wirtschaftskraft in den Dienst des Exports nach dem Devisenausland stellen müssen.»

Es kann demnach zusammenfassend festgestellt werden, dass es sich wohl eine Entwicklung zur Bildung von Wirtschaftsräumen angebahnt hat. Es kann aber nicht von einer Ablösung der Weltwirtschaft durch die Grossraumwirtschaft gesprochen werden. Denn die einzelnen Grosswirtschaftsräume sind in der Versorgung mit den wichtigsten Rohstoffen aufeinander stark angewiesen und auch die gesamte Produktion kann im eigenen Wirtschaftsraum nicht untergebracht werden.

Bereits diese Ueberlegungen zeigen, dass die Bildung eines europäischen Wirtschaftsblocks auf grosse Schwierigkeiten stossen müsse. Es soll nun dies im einzelnen dargelegt werden.

Die natürlichen Schwierigkeiten einer europäischen Grossraumwirtschaft.

Die wichtigste Bedingung für die Verwirklichung des Planes der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist eine hinreichende Bodengrundlage. Denn der Zweck der Grossraumwirtschaft ist, wenn nicht eine totale, so doch eine relative Selbstgenügsamkeit. Eine Grossraumwirtschaft, die die wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel aus fremden Wirtschaftsräumen beziehen muss, ist ein Widerspruch an sich. Das hat auch Reichswirtschaftsminister Funk in seiner programmatischen Rede über den Aufbau der europäischen Wirtschaft nach dem Krieg klar zum Ausdruck gebracht, indem er von der «Wirtschaftsfreiheit des europäischen Raumes» sprach. «Wir müssen», so sagte er, «darauf bedacht sein, dass möglichst alle diejenigen Produkte ausreichend im europäischen Wirtschaftsraum vorhanden sind, die diesen Wirtschaftsraum wirtschaftlich unabhängig von andern Räumen machen. Wir müssen also die Wirtschaftsfreiheit dieses Raumes garantieren.» Es wird folglich an der weiteren Autarkisierung Europas festgehalten werden.

Nun erhebt sich die Frage, inwieweit dieses Ziel sich verwirklichen lässt. Der kontinentale Zuschussbedarf Europas an Brotgetreide betrug im Durchschnitt der Jahre 1935—1938 etwa 4 Millionen Tonnen, der zum grössten Teil durch Amerika gedeckt wurde. Die Abhängigkeit in der Versorgung mit Futtergetreide ist bedeutend grösser, weil hier auch klimatische Gründe eine Rolle spielen. Oelsaaten und Oelfrüchte, zum Beispiel die für die moderne Futterwirtschaft äusserst wichtig sind, werden fast zu 100 Prozent aus dem Uebersee bezogen. Der gesamte Zuschussbedarf Europas an Mais kommt fast ausschliesslich aus Amerika. Die wichtigsten Genussmittel müssen begreiflicherweise zur Gänze aus Uebersee eingeführt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich hier um grosse Beträge handelt. Deutschland gab zum Beispiel im Jahre 1938 für die Einfuhr von Kaffee 148 Millionen RM., das heisst um 20 Millionen RM. mehr als für die Buttereinfuhr. Es sei auch zu erwähnen, dass der Bedarf Europas an Kaffee zu 90 Prozent durch Amerika gedeckt wird.

Wie ersichtlich, reicht die Nahrungsmittelgrundlage Kontinentaleuropas bei weitem nicht aus, um eine «Nahrungsfreiheit» zu erreichen. Nun könnte man einwenden, dass erstens der Südosten durch die Intensivierung der Bodenbearbeitung zur Verminderung des Nahrungsmittelbedarfes viel beitragen könnte. Das dürfte aber bestenfalls für die Deckung des deutschen Brotgetreidebedarfes ausreichen. Keineswegs aber für den gesamten kontinentaleuropäischen Verbrauch an Brotgetreide. Selbst den unmöglichen Fall angenommen, dass der Südosten den gesamten Bedarf Europas an Brotgetreide decken würde, so ist doch dadurch das Problem der Nahrungsmittelversorgung bei weitem

noch nicht gelöst. Denn das Schwergewicht liegt nicht im Mangel an Brot-, sondern an Futtergetreide, und insbesondere an öl- und fetthaltigen Früchten. Diese jedoch können aus dem Südosten gar nicht bezogen werden. Das bedeutet aber praktisch, dass die Viehwirtschaft auslandsabhängig bleiben wird.

Abgesehen von den natürlichen Schwierigkeiten ist auch ein wichtiges wirtschaftliches Moment zu berücksichtigen. Der Hauptlieferant Europas für Nahrungsmittel ist hauptsächlich Amerika. Die Stärke des amerikanischen Getreideexports liegt in seiner Konkurrenzfähigkeit, die auf den billigen Seetransport und auf den Grossbetrieb zurückzuführen ist. Diese günstigen Bedingungen fehlen dem Südosten und er kann folglich nicht zu gleichen Preisen exportieren wie Amerika. Würde man sich trotzdem entschliessen, den amerikanischen Getreideimport fallen zu lassen, so müsste eine Verteuerung der Lebenshaltung eintreten. Der Südosten stellt folglich keine Lösung des Nahrungsmittelproblems des europäischen Wirtschaftsblocks dar.

Eine zweite Einwendung bezieht sich auf die Heranziehung Afrikas. Ein Blick in die Aussenhandelsstatistik zeigt, dass es in der landwirtschaftlichen Versorgung Europas fast keine Rolle spielt. An Weizen und Mais ist sein Export nicht der Erwähnung wert. Von den Genussmitteln exportiert es nur Kakao in grossen Mengen. Die starke Trockenheit und andere ungünstige klimatische Bedingungen machen den Boden hart und unfruchtbar, und es ist daher kaum anzunehmen, dass auch in der Zukunft eine Besserung eintreten würde.

Aus alldem geht hervor, dass die Voraussetzungen für die Selbstversorgung des europäischen Wirtschaftsblockes mit den wichtigsten Nahrungsmitteln äusserst ungünstig sind.

Man würde offene Türen einrennen, wollte man erst noch nachweisen, dass Europa in bezug auf industrielle Rohstoffe im hohen Ausmasse von andern Kontinenten abhängig ist. Mit Ausnahme von Kohle, Eisenerz und Bauxit fehlen ihm alle übrigen Grundrohstoffe. Das gilt besonders für die Textilfaserstoffe und vor allem für Baumwolle, Wolle und Jute. Das gleiche gilt für Kupfer, Blei, Zinn und dergleichen. Ebenso ungünstig ist die Lage in der Versorgung mit Erdöl und Kautschuk. Die Rohstoffarmut Europas ist allzu bekannt, um sich in die Einzelheiten näher einzulassen. Das Schwergewicht muss daher vielmehr auf die Frage verlegt werden, ob durch Heranziehung Afrikas, welches Mussolini als « wirtschaftlichen Komplementärkontinent » Europas genannt hat, das autarkische Ziel sich verwirklichen lässt.

Europa verbrauchte im Jahre 1937 (nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches vom Jahre 1938) 10,364,000 Ballen Baumwolle; davon stammten 8,1 Millionen Ballen aus Amerika, das sind 80 Prozent, 1,3 Millionen aus Ostindien, das heisst 11 Prozent, und aus Aegypten nur 935,000 Ballen, das sind ungefähr 9 Prozent. Im gleichen Jahre verbrauchte Deutschland

1,1 Millionen Ballen Baumwolle, davon kamen aus Amerika 0,9, aus Ostindien 0,2 und aus Aegypten nur 0,1 Millionen Ballen. Auch England bezieht trotz seiner grossen Kolonien fast die Hälfte seines Bedarfes an Baumwolle aus Amerika. Der Anteil Afrikas in der Versorgung Kontinentaleuropas an Wolle beträgt nicht mehr als 10 Prozent; an allen übrigen Textilrohstoffen ist es überhaupt nicht vertreten.

Der Bedarf Kontinentaleuropas an Kupfer stellte sich im Jahre 1938 auf 878,000 Tonnen, während die gesamte Kupferproduktion Afrikas im gleichen Jahre 351,000 Tonnen ausmachte. Auch hier ist die Abhängigkeit Europas von den amerikanischen Zufuhren sehr gross. Alle übrigen Buntmetalle, wie Zinn, Nickel, Blei, werden in Afrika überhaupt nicht oder nur in geringen Mengen erzeugt. Das gleiche gilt für Erdöl und Kautschuk. Es besitzt allerdings reiche Goldminen, die aber nach der Einstellung Deutschlands zum Goldproblem nur « eine zweifelhafte Bedeutung haben ». So wie die Dinge heute liegen, spielt Afrika in der Versorgung Europas mit den wichtigsten Industrierohstoffen eine sehr bescheidene Rolle. Nun wird behauptet, dass es verhältnismässig noch unerforscht sei und daher wohl mehr an Bodenschätzen besitzt, als was bis heute erfunden wurde. Das sind aber nur Möglichkeiten, die erst in der Zukunft liegen, und es ist noch fraglich, ob die künftige Erschliessung von Rohstoffen auch rentabel sein wird. Denn die Kostenfrage bleibt immer entscheidend für die Wirtschaft und insbesondere für eine hochentwickelte Industrielwirtschaft.

Es ergibt sich somit, dass die Bodenkapazität des europäischen Grosswirtschaftsraumes — selbst unter Heranziehung des afrikanischen «Komplementärkontinentes» — zu gering ist, um die Wirtschaftsfreiheit dieses Raumes zu sichern. Europa wird auch in Zukunft von den Zufuhren aus andern Kontinenten stark abhängig und folglich mit der Weltwirtschaft nach wie vor weitgehend verflochten sein.

Von ausserordentlicher Wichtigkeit ist auch die Frage, ob durch die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsblocks für alle Partnerländer eine Steigerung des Lebensstandards oder umgekehrt eine Senkung eintreten würde. Das Ziel der Achsenmächte ist die vollständige Beseitigung Englands als wirtschaftliche und politische Grossmacht.

England und der Weltmarkt.

Was bedeutet aber Grossbritannien für den europäischen Markt? Es wurde bereits erwähnt, dass kein Staat der Welt einen ähnlichen Wert der Einfuhr aufzuweisen hat wie England. Sie belief sich im Jahre 1936 auf 793 Millionen Pfund Sterling, während Deutschland im gleichen Jahre nur für 342 Millionen Pfund Sterling importierte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der grösste Teil der englischen Einfuhr auf europäische Länder entfällt.

Nach Kontinenten geordnet, verteilt sich der englische Import wie folgt: Europa 34,5 Prozent, Afrika 7,5, Asien 12,8, Nordamerika 20,1, Südamerika 12,7 und Australien 12,6 Prozent¹. England ist demnach auch der grösste und der beste Kunde Europas. Der englische Markt ist für einzelne Länder von entscheidender Bedeutung. «Die nordischen Länder sind die grössten Lieferanten Grossbritanniens nächst der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Norden liefert an Grossbritannien so viel wie Deutschland, die Niederlande und Frankreich zusammen².» 40 Prozent des Exportes der nordischen Länder gingen nach England und in Dänemark sogar 60 Prozent. Der Norden befriedigte beinahe den gesamten Bedarf Englands an Holzschliff und Zellstoff, er deckte 42 Prozent der englischen Papiereinfuhr und 24 Prozent seiner Erzeinfuhr. Auch in der Ausfuhr Hollands steht England an erster Stelle. Was Frankreich, Belgien und Deutschland betrifft, so nahm England auch in der Ausfuhr dieser Länder den ersten bzw. den zweiten Platz ein. Diese Beispiele würden genügen, um einen gewissen Eindruck von der Bedeutung des englischen Marktes für den Aussenhandel der wichtigsten europäischen Länder zu gewinnen. Schon eine erhebliche Schwächung der Kaufkraft eines so wichtigen Wirtschaftskörpers wie England müsste zu schwerwiegenden Folgen für die gesamte europäische Wirtschaft führen. Erst recht, wenn England als Grossmacht nicht mehr existieren würde! Wer sollte dann den englischen Markt ersetzen? Deutschland ist es schon deshalb nicht in der Lage, weil sein Zuschussbedarf an Lebensmitteln in keinem Vergleich mit dem in England steht, wo drei Fünftel der Nahrungsmittelversorgung eingeführt werden müssen. Frankreich ist in allen wichtigsten Nahrungsmitteln fast vollständig autark. Die Ausfuhr der nordischen Staaten und Hollands besteht aber zum überwiegendsten Teil aus Lebensmitteln. Das Charakteristische dabei ist, dass diese Länder auch die wichtigsten Absatzmärkte für die Industriestaaten sind. Holland zum Beispiel steht in der deutschen Ausfuhr an erster Stelle. Die nordischen Staaten mit einer Bevölkerung von nur 16 Millionen Menschen nehmen unter den Einfuhrländern Europas den vierten Platz ein. Der Ausfall des englischen Marktes würde sich daher in erster Linie auf diese Staaten katastrophal auswirken. Sie können demnach ihren hohen Lebensstandard nicht mehr aufrechterhalten.

Und wie sind die Aussichten für die Agrarländer des Südostens? Nach den deutschen Plänen soll eine «vernünftige wirtschaftliche Arbeitsteilung» zwischen den einzelnen europäischen Volkswirtschaften herbeigeführt werden. Der Südosten soll seine Rolle als Lieferant von Lebensmitteln und Rohstoffen behalten.

¹ Schlotte: Entwicklung und Strukturwandlungen des englischen Aussenhandels von 1700 bis zur Gegenwart. Jena 1938. Seite 161.

² Die nordischen Länder in der Weltwirtschaft. Kopenhagen 1938. Seite 128.

Aber gerade die Industrialisierung ist die wichtigste Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg des Südostens. Das hat erst kürzlich der jugoslawische Handelsminister in denkbar klarster Weise zum Ausdruck gebracht, indem er sagte:

«Jugoslawien ist ein Agrarland mit kleinbäuerlichen Besitzverhältnissen. Fast ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe entfällt auf die Zwergbetriebe mit zwei und unter zwei Hektar Land. Der Grossgrundbesitz spielt seiner Zahl und Flächenausdehnung nach keine nennenswerte Rolle. Der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion — welche bis zu einem gewissen Masse möglich und erwünscht ist — sind Grenzen gesetzt, teils natürlicher, teils wirtschaftlicher Art. Die zu 75% auf dem Lande lebende Bevölkerung weist einen starken, natürlichen Zuwachs auf, welcher in der Landwirtschaft immer weniger und schwerer Arbeit und Brot findet. Das Problem der agrarischen Uebervölkerung ruht mit seiner ganzen Schwere auf dem Volkskörper. Gerechnet pro Flächeneinheit der landwirtschaftlichen nutzbaren Fläche ist Jugoslawien hinsichtlich der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen bevölkerter als zum Beispiel Deutschland oder einige andere Länder Europas. Die Lösung dieses Problems der Beschäftigung der überschüssigen Landbevölkerung ist unter diesen Umständen hauptsächlich in der organischen, auf den Rohstoffen des Landes basierenden weiteren Industrialisierung zu suchen.»

Dieser Weg wird aber jetzt dem Südosten gesperrt, weil es ein «wirtschaftlicher Wahnsinn ist», wie Reichswirtschaftsminister Funk sagte, «wenn jedes noch so kleine Land bemüht ist, mit hohen Kosten unrentable Industrien aufzuziehen, die keine Existenzberechtigungen haben und nur mit Subventionen, Einfuhrverboten und überhöhten Zöllen künstlich am Leben erhalten werden können». Man vergisst aber dabei, dass auch die deutsche Industrie im Anfangsstadium ihrer Entwicklung die gleichen protektionistischen Mittel angewendet hat. Professor Eulenburg hat einmal diese Seite der Sache recht treffend formuliert: «Man zitiert in Deutschland List zwar sehr gern, vergisst aber meist, seine Thesen, die man in Deutschland für selbstverständlich ansieht, auf andere Länder anzuwenden.» Unter diesen Umständen, d. h. unter dem Zwang den agrarischen Charakter des Landes zu behalten, auf die weitere Industrialisierung zu verzichten, ist der Wert der langfristigen Wirtschaftsabkommen, wonach sich Deutschland verpflichtet, einen grossen Teil der Ausfuhr des Südostens zu übernehmen, ein sehr zweifelhafter oder jedenfalls mit einem zu hohen Preis erkaufte. Denn es kann nicht oft genug betont werden — und die Erfahrungen eines Jahrhunderts bestätigen es —, dass die grundsätzlichsste Voraussetzung für die Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung in Ländern, die unter dem Drucke einer immer steigenden überschüssigen Landbevölkerung stehen, nur die Industrialisierung des Landes ist. Das tritt für den Südosten um so mehr zu, weil ein grosser Teil der landwirtschaftlichen Betriebe Zwergsbetriebe sind. Es ergibt sich somit, dass die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsblockes unter der Führung der Achsenmächte auch für die Völker des Südostens keine Steigerung des Lebensstandards, sondern unter Umständen eher eine Senkung bedeutet.

Die Rolle Amerikas.

Und schliesslich ist auch die Stellungnahme der Vereinigten Staaten von Amerika zum europäischen Wirtschaftsblock nicht von unerheblicher Bedeutung. Der amerikanische Aussehenhandel nimmt mit einer Ausfuhr von rund 3 Milliarden Dollar in der Weltausfuhr die zweite Stelle — nach England — ein. 40 Prozent dieser Ausfuhr gingen nach Europa, davon der grösste Teil nach England. Während Deutschland in der amerikanischen Ausfuhr nur mit 3,8 Prozent vertreten ist, beträgt der englische Anteil 16 Prozent. Die USA. haben folglich auch ein grosses wirtschaftliches Interesse an dem Sieg Englands. Es ist auch eine völlige Illusion zu glauben, dass Kontinentaleuropa — noch dazu autark orientiert — den USA. den englischen Markt ersetzen könnte.

Wie immer aber der Krieg ausfallen wird, eines steht jedoch sicher: Europa wird nach diesem Kriege auf die Unterstützung Amerikas in einem viel höheren Ausmasse angewiesen sein als nach dem Weltkriege. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Zerstörungen und Verwüstungen durch die Luftflotte in keinem Vergleich zum letzten Kriege stehen. Dauert er längere Zeit — und mit dieser Möglichkeit rechnen die beiden Gegner — so wird eine schreckliche Verarmung Europas eintreten. Wenn unser Kontinent sogar in Friedenszeiten ohne Zufuhren von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nicht auskommen konnte, wie gross muss die Abhängigkeit steigen erst nach einem Kriege mit so ungeheuren Vernichtungen von Produktionsstätten, Wohnhäusern und ganzen Städten, wie die moderne Kriegsführung mit sich bringt. Darum ist die Stellungnahme Amerikas zu den Fragen der Neuordnung Europas von eminentester Wichtigkeit und Bedeutung. Dort aber befasst man sich jetzt nicht mit den Problemen der «europäischen Grossraumwirtschaft», sondern man unterstützt vor allem England in seinem Kampfe gegen die Achsenmächte. Man wird somit nach alldem dem Plan einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter der Führung der Diktaturmächte mit grosser Skepsis entgegenzutreten dürfen, um so mehr als der Krieg noch lange nicht entschieden ist.
